

WETTER IN HERFORD



TuS Spenge trauert verlorenem Punkt nach

Handball-Zweitligist TuS Spenge verpasste mit der 19:20-Niederlage in Rosstock eine gute Gelegenheit, im Abstiegs-kampf einen Auswärtspunkt zu holen. Marco Steffen (Foto) bekam 60 Minuten Spielpraxis in der Abwehr, weil Stephan Wilmsen ausgefallen war.



Lokalsport

Herforder Schüler bauen Schiffsmodelle nach

Das Friedrichsgymnasium hat gestern Schülerinnen und Schüler ausgezeichnet, die an verschiedenen Technik-Projekten teilnahmen. Prämiiert wurde auch Tobias Hundhausen, der Schiffe modellgetreu nachbaut – unter anderem diese französische Fregatte.



Lokalteil

HEUTE

HERFORD

Auf Eis gelegt

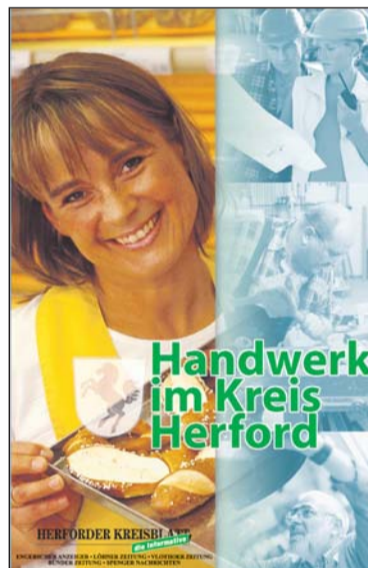
Keine Vereinbarung zwischen CDU und SPD

Protest am Rathaus

Otto-Hahn-Realschüler für mehr Mitbestimmung

Handball-Pokal

Frauen der TGH wollen ihren Heimvorteil nutzen



Das Handwerk stellt sich vor

Das Handwerk ist im Kreis Herford nach wie vor ein wesentlicher Bestandteil der mittelständisch geprägten Wirtschaft des hiesigen Raumes. Das Magazin »Handwerk im Kreis Herford«, das der heutigen Ausgabe des HERFORDER KREISBLATTes beiliegt, gibt auf 20 Seiten einen umfassenden Überblick über das heimische Handwerk.

Magazin

LEXIKON

HERFORD

Bibliotheksordnung: Die Bibliotheksordnung aus dem Gründungsjahr 1896 umfasste sieben Punkte, darunter die Aufforderung: »Wenn ansteckende Krankheiten im Hause gewesen sind, ist hiervon bei Abgabe Meldung zu machen.« Die Bücher, zu Beginn nur 180, konnten vier Wochen unentgeltlich ausgeliehen werden. Danach wurden sie gegen eine Mahngebühr (10 Pfennige) von einem Boten abgeholt.

© HERFORDER KREISBLATT

Folge 728

BÖRSE



Nummer 83 / 14. Woche
3692 / 161. Jahrgang
www.westfalen-blatt.de



Herford: muntere »Tausendfüßler«

Die 70 Mädchen und Jungen, die in Herford die DRK-Kindertagesstätte in der Ottelau besuchen, haben quirligen Zuwachs erhalten – die »Tausendfüßler«-Gruppe. Seit Anfang März gibt es diese Betreuung für (derzeit) zehn Kinder, die alle unter drei Jahre alt sind. »Das Angebot ist von den Eltern sehr gut angenommen worden«, freut sich Kita-Leiterin Cornelia Wahner-Kufeld. Die muntere Spielgruppe wird von Erzieherin Christiane Wiengarn (Foto, mit Amelie, Joshua, Malin, Julia, Konstantin, Janna, Lina, Matwey und Dino) geleitet, die die Kleinen ganz neue Erfahrungen im Umgang mit Gleichaltrigen machen lässt. Die »Tausendfüßler« sind immer montags und donnerstags von 9 bis 12 Uhr auf den Beinen. Gestern erlebten sie, wie Popcorn hergestellt wird. Bestandteil der pädagogischen Arbeit ist der enge Kontakt zu den Eltern, mit denen auch Ausflüge unternommen werden sollen. Foto: Curd Paetzke



Gesundheit: Alle sollen zahlen

Berlin (dpa). Die Gesundheitsreform der großen Koalition soll bis zum Jahresende stehen. Schon bis zur Sommerpause soll eine Arbeitsgruppe dafür Vorschläge machen. »Wir wollen die Reform in einem Zug«, sagte Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) gestern in Berlin. Am 1. Mai sollen erste Zwischenergebnisse im Kanzleramt vorliegen. Verständigt habe man sich darauf, dass »alle Bürger Versicherungsschutz erhalten und dass sich alle an der Finanzierung beteiligen«, sagte Schmidt. Alle müssten auch in Zukunft »am medizinischen Fortschritt teilnehmen können und zwar unabhängig von ihrer Einkommenssituation.« Seite 4: Hintergrund und Kommentar

Gazprom will nun doch Kredit

Berlin (Reuters). Der russische Gazprom-Konzern hat das mit einer umstrittenen Bundesbürgschaft gesicherte Kreditangebot für die Ostsee-Pipeline nach Angaben der Deutschen Bank bisher nicht ausgeschlagen. Altkanzler Gerhard Schröder hatte zuvor erklärt, Gazprom nehme das Kreditangebot nicht an, das die Deutsche Bank gemeinsam mit der staatlichen Förderbank KfW unterbreitet hatte. »Mir ist bisher nicht bekannt, dass Russland von diesem Angebot nicht Gebrauch machen will«, sagte Deutsche-Bank-Vorstand Tessen von Heydebreck in Berlin. Von der KfW war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten.



Flugangst, ade!

Panikattacken und Schweißausbrüche hoch über den Wolken? In Seminaren vermittelt Diplom-Pädagoge Frank Eisenberg, wie Sie die Flugangst bewältigen. Lesen Sie mehr in Fit – Besser leben

Gas-Preis bleibt Streitfall

Gütetermin vor Landgericht gescheitert – E.ON will Klarheit

Von Edgar Fels

Paderborn/Dortmund (WB). Im Gaspreisstreit zwischen dem Paderborner Energieversorger E.ON Westfalen-Weser und 15 seiner 65.000 Kunden bleiben die Fronten verhärtet. Der Versuch einer gütlichen Einigung ist gestern vor dem Landgericht Dortmund gescheitert. E.ON lehnte es erneut ab, seine Kalkulation detailliert offenzulegen.

Das von großem Medieninteresse begleitete Verfahren wird am 11. Mai fortgesetzt. Ob es dann zu einem Urteilsspruch kommt, ist fraglich. Die Streitigkeit könnte sich auch zu einem Musterprozess bis hin zum Bundesgerichtshof ent-

wickeln, sagte Vorsitzende Richterin Marlies Bons-Künsebeck.

»Die Gaspreise generell stehen bei diesem Verfahren nicht auf dem Prüfstand«, betonte die Richterin in der gut 90-minütigen Verhandlung. »Es geht nur um die Beklagten selbst.« Die Richterin machte auch deutlich, dass alle anderen etwa 65.000 E.ON-Gaskunden aus diesem Prozess keine Rückzahlungsansprüche herleiten könnten.

Mindestens 1500 Bürger hatten sich geweigert, die von E.ON im Oktober 2004 erhobene Gaspreis-erhöhung von 11 Prozent zu bezahlen. Ein knappes Jahr später hatte E.ON eine Sammelklage gegen 16 Kunden erhoben – es war die bundesweit erste Klage eines Versorgungsunternehmens gegen Privatkunden. Der Streitwert in Höhe von 10.000 Euro hat sich inzwischen auf 5000 Euro halbiert, hieß es gestern. Einer der Gas-

preisverweigerer hat seine Rechnung beglichen, gegen ihn ließ E.ON die Klage fallen.

Weitere fünf Beklagte ließen sich über ihren Rechtsanwalt Reinhard Weg (Rheda-Wiedenbrück) Widerklage einreichen. Sie machen ihrerseits Forderungen gegenüber E.ON geltend. Zu dieser Situation kam es, weil die betreffenden Kunden 2005 deutlich weniger Gas verbraucht haben. Die zu hoch entrichteten Vorauszahlungen bekamen sie aber nicht ausbezahlt, weil E.ON den Betrag mit den einbehaltenen Anteilen verrechnete. »33 Euro habe ich von E.ON erhalten, eigentlich müssten es 133 Euro sein«, sagte einer der Betroffenen, Thomas Nübel (41) aus Altenbeken-Schwaney. »Es ist kurios, dass ich in dieser Situation auch noch als Beklagter gelte.«

Sowohl E.ON als auch die Gaspreisverweigerer ziehen unterschiedliche Gesetzestexte für ihre

Argumentation heran. E.ON beruft sich auf Paragraph 19 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) und hält seinen Gaspreis für marktgerecht. Dagegen berufen sich die Beklagten auf das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und den Paragraphen 315, in dem es um die »Billigkeit« des Preises geht. Im Klartext: Sie halten den Gaspreis für zu hoch.

Welcher Argumentation das Gericht folgt, ist unklar und könne zudem »von Instanz zu Instanz anders ausfallen«, sagte die Richterin. E.ON-Sprecher Meinolf Päsche sagte nach der Verhandlung: »Ich habe den Eindruck, dass das Gericht unserer Argumentation in Teilen gefolgt ist.« Die Sprecherin der Initiative »Gaspreise runter«, Roswitha Köllner, ist ebenfalls zuversichtlich. »Jetzt geht's ans Eingemachte.«

Seite 4: Kommentar
Wirtschaft: Hintergrund

Schalke weiter

Der FC Schalke 04 hat das Halbfinale des UEFA-Pokals erreicht. Der Elf von Trainer Mirko Slomka genügte gestern Abend im Rückspiel ein 1:1 (0:1) zum Weiterkommen. Allerdings taten sich Rafinha (Foto rechts) und Co. vor allem in der ersten Halbzeit schwerer als erwartet. Angelow (24.) brachte die Gäste in Führung, Lincoln (58.) gelang der Ausgleich. In der Runde der letzten Vier treffen die Schalcker auf den FC Sevilla. Sport



Illegale Wettbüros sollen schließen

Düsseldorf (dpa). In Nordrhein-Westfalen sollen illegale Wettbüros konsequent geschlossen werden. NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP) hat die Bezirksregierungen aufgefordert, die bislang ausgesetzten Schließungsverfügungen zügig zu vollstrecken. Bielefeld beispielsweise schickt bis zum Dienstag allen 44 Betreibern von privaten Wettbüros eine Schließungsverfügung ins Haus.

Na, wer sagt's denn!

»Geld regiert die Welt, da kann man halt nix machen!« - das akzeptiere ich nicht.« Bundesarbeitsminister Franz Müntefering gestern in Berlin vor Unternehmern zur angeblichen Machtlosigkeit der Politik beim Arbeitsplatzabbau in gesunden Unternehmen

Für harte Sanktionen

Schäuble: bei Verweigerung der Integration

Berlin (Reuters). Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble plädiert für harte Sanktionen gegen Zuwanderer, die sich der Integration verweigern. »Wer nachhaltig seinen Integrationsverpflichtungen nicht gerecht wird und nicht will, dass seine Kinder wie Deutsche leben, hat einen Fehler gemacht, als er nach Deutschland



»Eltern verantwortlich für Integration der Kinder«, Wolfgang Schäuble.

hin zur Ausweisung der richtige Weg seien, bejahte der Minister. Die Integrationsbeauftragte im Kanzleramt, Maria Böhmer, betonte, als letztes Mittel müssten auch Ausweisungen möglich sein.

Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz lehnte die Drohung mit Sanktionen indes ab. »Wenn jetzt Integration polizeirechtlich vorangetrieben werden soll, dann hat man nichts begriffen«, sagte er. Zugleich kritisierte er seine eigene Partei, die beim Thema Integration nicht optimal aufgestellt sei.

Teure Klingeltöne: Eltern haften

Düsseldorf/Karlsruhe (dpa/Reuters). Eltern von minderjährigen Kindern müssen heruntergeladene Handy-Klingeltöne bezahlen, auch wenn die Kinder gegen ein ausdrückliches Verbot gehandelt haben. Dies gilt, wenn Eltern ihren Kindern ein Handy zur Verfügung stellen. Das hat das Amtsgericht Düsseldorf entschieden. Die Eltern seien in diesem Fall der Vertragspartner. Bei der Weitergabe an einen Dritten, in diesem Fall die Kinder, treffe den Eigentümer

auch ein Verschulden, wenn das Handy entgegen einer Absprache benutzt werde.

Verbraucherfreundlicher urteilte gestern der Bundesgerichtshof. Er verpflichtete Anbieter kostenpflichtiger Handy-Klingeltöne dazu, ihre zumeist jugendlichen Kunden genauer über die Kosten aufzuklären, die beim Herunterladen von Klingeltönen und anderen Angeboten auf sie zukommen.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen hatte sich ge-

gen eine Anzeige in einer Mädchenzeitschrift gewandt. In dem beanstandeten Inserat hieß es lediglich, das Herunterladen von Handy-Klingeltönen, Logos und SMS-Bilder über die angegebene 0190-Telefonnummer koste 1,86 Euro je Minute. Die Richter urteilten, dass auch die Übertragungsdauer angegeben werden müsse, damit die in geschäftlichen Dingen unerfahrenen Jugendlichen die Kosten besser abschätzen könnten.

Az. 232C 13967/05 und I ZR 12A